

## 2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

Ergänzung der Landesregierung  
Drucksache 17/4100

Vorlage 17/1040  
Vorlage 17/1041  
Vorlage 17/1289  
Vorlage 17/1330

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– Tischvorlagen<sup>1</sup> –

**Vorsitzender Daniel Sieveke** teilt mit, zunächst bestehe die Möglichkeit, die Landesregierung zu kritisieren und Wünsche, Fragen und Lob auszusprechen. Im Anschluss daran werde man die Tischvorlagen behandeln.

### **Allgemeine Aussprache**

**Verena Schäffer (GRÜNE)** lobt die Landesregierung für die Erhöhung der Einstellungsermächtigung ausdrücklich. Im Weiteren bestätigten die Haushaltsansätze die bisherige Linie der Landesregierung, indem man die technische Aufrüstung der Polizei weiter vorantreibe sowie Mittel für die Videobeobachtung, die Aufenthaltsüberwachung und vieles andere ansetze.

Trotz eines inzwischen so kleinen Ministeriums finde sich immer noch die B7-Stelle, von der man noch gar nicht wisse, wofür man sie verwenden wolle. Bei einer so hoch dotierten Stelle wisse der Innenminister offensichtlich nicht, wohin er mit seinem Ministerium wolle. Sie bietet erneut eine Wette an, denn sie habe einen Tipp, wer demnächst vielleicht auf diese Stelle wechseln werde, nämlich jemand, die sich jetzt für Gleichstellungsfragen im Bauministerium interessiere.

In Beantwortung auf die Fragen ihrer Fraktion teile das Innenministerium zudem mit, der Verfassungsschutz bekomme erneut mehr Mittel für Präventionsaufgaben, obwohl Präventionsarbeit nach dem Gesetz gar keine Aufgabe des Verfassungsschutzes darstelle. Insofern möchte sie wissen, wofür und für welchen Phänomenbereich man die Mittel einsetze.

Die Einrichtung der 500 Stellen von Verwaltungsassistentinnen und Verwaltungsassistenten halte sie zwar grundsätzlich für eine gute Maßnahme; allerdings seien zum

---

<sup>1</sup> Die Tischvorlagen entsprechen den Änderungsanträgen in Vorlage 17/1375.

1. Oktober dieses Jahres gerade einmal 370 Stellenäquivalente besetzt gewesen. Daher fragt sie nach, wann das Innenministerium mit der vollständigen Besetzung rechne, zumal der Innenminister diese Maßnahme stets nach vorne trage, wobei viele gar nicht wüssten, dass noch nicht alle Stellen besetzt seien.

Das Innenministerium wolle vor Abschluss der Evaluation 4.200 Bodycams anschaffen. Sie möchte zum einen wissen, wann die Evaluation fertiggestellt werde und wie man zum anderen die 4.200 Bodycams auf die Kreispolizeibehörden verteile.

500.000 Euro seien allein für die Errichtung der IT-Struktur zur Aufenthaltsüberwachung vorgesehen sowie weitere 500.000 Euro für die Durchführung der Maßnahme, sich also an das hessische System anzudocken und dort für die Dienstleistung zu bezahlen. Insofern bittet sie um Bestätigung, dass man tatsächlich 500.000 Euro alleine für die Errichtung der IT brauche, ohne zu wissen, ob zukünftig überhaupt jemand überwacht werde, denn dabei handele es sich um sehr viel Geld.

Nach dem Erläuterungsband solle es für die TE, BFE und die BFH Spezialfahrzeuge geben. In der Antwort auf ihre Frage spreche das Ministerium allerdings nur noch von TE. Insofern bittet sie um Klarstellung und um Mitteilung des Zeitplans.

**Hartmut Ganzke (SPD)** stellt fest, viele seiner Fragen seien bereits von Verena Schäffer gestellt worden. Er lobt, dass der Innenminister viele Projekte der alten Landesregierung fortführe und morgen in Gelsenkirchen eine neue Wegweiser-Geschäftsstelle eröffne.

Anderthalb Jahre nach der Übernahme eines Hauses sollten die Überlegungen zu einem Ende kommen, was man mit einer so hochrangigen wie der B7-Stelle vorha-be. In seiner Antwort teile das Innenministerium mit, die Stelle nach Abschluss des Entscheidungsprozesses bei nächster Gelegenheit abzusetzen, wenn man sie doch nicht brauche. Insofern bitte er um zeitliche Einordnung.

Auf die Frage der Grünen nach Liegenschaften der Polizei antworte das Ministerium, man halte Verpflichtungsermächtigungen und insgesamt 315,8 Millionen Euro für notwendig, um dem erheblichen und bekannten Neuanmietungs- und Sanierungsbedarf gerade bei den Polizeidienststellen Genüge zu tun. Der Gesetzentwurf zum Polizeigesetz sehe nun auch noch einen Unterbindungsgewahrsam vor. Deshalb möchte er wissen, an welcher Stelle der Haushalt für das Jahr 2019 Mittel vorsehe, die es ermöglichen, den Unterbindungsgewahrsam wie geplant in Polizeidienststellen oder möglicherweise in ein oder zwei „Gewahrsamsanstalten“ durchzuführen.

Darüber hinaus werde der zum 1. Januar 2019 vorgesehene Gewahrsam auch entsprechendes Personal erfordern.

**Minister Herbert Reul (MI)** widerspricht Verena Schäffer, Prävention finde sich in einem Paragraphen des Verfassungsschutzgesetzes, den er gerade nicht benennen könne. Zudem habe er die Präventionsprogramme nicht erfunden, sondern setze lediglich Programme der Vorgängerregierung fort. Insofern könne er nicht nachvollziehen, warum man sie jetzt auf einmal kritisiere.

Zwischenzeitlich habe man rund 400 Stellen der Verwaltungsassistenten besetzen können. Auch ihn beunruhige, dass man noch nicht alle Stellen habe besetzen können; allerdings handele es sich um ein kompliziertes Verfahren, denn nach der Ausschreibung müsse man den Personalrat beteiligen und Bewerber aussuchen, die möglicherweise eine Kündigungsfrist bei ihrer derzeitigen Stelle einzuhalten hätten. Er gehe davon aus, dass man über diese Zahl hinaus in diesem Jahr die Stellen werde besetzen können.

Es handele sich mitnichten um Spezialfahrzeuge, sondern um normale Fahrzeuge, die im Etat entsprechend verankert würden.

Zu den Bodycams habe die Landesregierung einen Zwischenbericht zur Evaluierung vorgelegt. Voraussichtlich im nächsten Jahr werde es einen Abschlussbericht geben. Man habe den Zuschlag erteilt und gehe davon aus, dass man noch in diesem Jahr die ersten Bodycams ausliefern könne.

Die Fragen nach der B7-Stelle könne er nachvollziehen. Man habe sich vorgenommen, die Organisation des Hauses noch einmal genauer zu betrachten, die bislang noch nicht abgeschlossen sei. Wenn man die B7-Stelle nicht brauche, passiere nichts, weil man insofern kein Geld ausbebe. Er gebe sie allerdings nicht leichtfertig zurück, solange die Struktur in seinem Haus noch nicht geklärt sei.

Den Unterbindungsgewahrsam werde man völlig unproblematisch aus den Finanzen für die Liegenschaften finanzieren. Daher werde auch das Personal stammen. Das hier ein bisschen Zeit fehle, stimme durchaus, weil man zunächst die relativ komplizierte Frage habe beantworten müssen, ob man den Unterbindungsgewahrsam im Justiz- oder Innenressort ansiedeln müsse. Arbeitsgruppen beschäftigten sich bereits mit der Frage, bei welchen Polizeibehörden man den Unterbindungsgewahrsam angliedern könne, der bei schon vorhandenen Gewahrsamseinrichtungen stattfinden werde.

Zu den Investitionen für die Aufenthaltsüberwachung führt er aus , selbstverständlich müsse man doch zunächst eine Rechtsgrundlage schaffen, brauche dann aber auch die finanziellen Mittel, um das Gesetz anwenden zu können, sodass beides gleichzeitig passieren müsse.

### **Aussprache zu den Tischvorlagen, lfd. Nrn. 1 und 2<sup>2</sup>**

**Thomas Schnelle (CDU)** führt aus, man lehne die Änderungsanträge ab; habe man doch im letzten Jahr in diesem Bereich massiv aufgestockt, auch mit einem eigenen Fraktionsänderungsantrag. Bislang halte man die Mittel für auskömmlich.

**Verena Schäffer (GRÜNE)** erinnert an die seinerzeitige Idee, möglichst vielen Gemeinden die Gründung von Kinderfeuerwehren zu ermöglichen, wofür die Busse eine Möglichkeit darstellten, die sehr gut ankomme.

---

<sup>2</sup> Die Nummerierung entspricht der Nummerierung in Vorlage 17/1375.

**Thomas Schnelle (CDU)** wiederholt, bislang seien die Mittel mit Blick auf nur sechs oder sieben Anträge auskömmlich. Sollte sich dies im kommenden Jahr ändern, müsste man dies für den nächsten Haushalt neu entscheiden.

**Andreas Kossiski (SPD)** hält den gegenwärtigen Haushaltsansatz ebenfalls für zu gering.

**Minister Herbert Reul (MI)** teilt mit, trotz entsprechender Aufrufe gebe es nur eine begrenzte Interessenlage, sodass man gegenwärtig mit dem veranschlagten Geld auskomme. Wenn sich dies weiter entwickeln sollte, sehe sein Haus durchaus Möglichkeiten zu helfen. Wenn man mehr brauche, sei man sofort dabei, die Mittel aufzustocken. Man könne aber mehr bedienen als diejenigen, die man gegenwärtig im Blick habe.

### **Aussprache zur Tischvorlage, lfd. Nr. 3**

**Marc Lürbke (FDP)** betont, die AfD-Fraktion bringe manchmal Ideen aus ihren Reihen hervor, die man für jenseits von Gut und Böse halte und eher im Reich der Absurditäten verorte. Bei der Stärkung der Polizei habe man allerdings ähnliche Gedanken. Einigkeit bestehe bei dem Anspruch, die nordrhein-westfälische Polizei bestmöglich ausstatten zu wollen.

Auf der einen Seite wolle man die Polizei nicht überfordern, brauche aber auch dringend junge Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter, sodass auch in seiner Fraktion Gespräche darüber stattfänden, wie man die Polizei personell noch besser ausstatten könne.

Allerdings könne er die Erhöhung des Ansatzes nicht nachvollziehen und insofern dem Antrag so nicht zustimmen.

**Markus Wagner (AfD)** stellt fest, pro Jahr benötige man 2.300 neue Polizeianwärter, um personell ausreichend ausgestattet zu sein. Allerdings bestünden ca. 300 Polizeianwärter nicht, sodass faktisch am Ende nur 2.000 Planstellen besetzt werden könnten. Nun erhöhe man zwar den Ansatz um 100 auf 2.400, mithin allerdings immer noch zu wenig.

Insofern habe er bereits im letzten Jahr eine Erhöhung der Planstellen auf 2.600 angeregt, um die Ausfallquote zu kompensieren. Daraufhin habe man ihm entgegengehalten, dass man dann aber auch den Fall berücksichtigen müsse, dass plötzlich alle bestünden, dann aber nicht ausreichend Planstellen zur Verfügung stünden. Dieses Argument halte er allerdings schon statistisch für nicht relevant.

Arnold Plickert verdeutliche nun, dass man eigentlich 2.500 Planstellen benötigte, für die man auch über die notwendigen Ressourcen verfüge.

### **Aussprache zur Tischvorlage, lfd. Nrn. 4 bis 7**

**Dr. Christos Georg Katzidis (CDU)** hebt die Bedeutung des Opferschutzes für die Koalitionsfraktionen heraus. Der konkrete Änderungsantrag entspringe auch Gesprächen mit den Arbeitskreisen sexualisierter Gewalt, was für die Koalitionsfraktionen ein wichtiges Anliegen darstelle.

**Verena Schäffer (GRÜNE)** unterstützt den Antrag ausdrücklich. Vor einigen Jahren habe man allerdings darüber diskutiert, dass die Polizei die Spuren mit Blick auf den Ermittlungsgrundsatz nicht mehr herausgeben dürfe.

**LdsKD Dieter Schürmann (MI)** erläutert, bereits seit einigen Jahren stelle man die erforderlichen Sets zur Verfügung. Allerdings dürfe man sie nicht transportieren, weil man andernfalls an den konkreten Vorgang herangeführt werde, was mit Blick auf das Legalitätsprinzip dem eigentlichen Ziel der anonymen Spurensicherung entgegenliefe. Es gehe also um die zentrale Bereitstellung, ohne die Polizei in die Einzelvorgänge einzubinden.

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge ab; das Ergebnis der Abstimmungen findet sich in Vorlage 17/1375.

Sodann stimmt der Ausschuss dem so veränderten Einzelplan 03 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.





## **Innenausschuss**

### **24. Sitzung (öffentlich)**

8. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 16:25 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1 Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2351	
Ausschussprotokoll 17/299	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/3865	

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) 16**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

Ergänzung der Landesregierung  
Drucksache 17/4100

Vorlage 17/1040  
Vorlage 17/1041  
Vorlage 17/1289  
Vorlage 17/1330

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– Tischvorlagen –

**Allgemeine Aussprache 16**

**Aussprache zu den Tischvorlagen, lfd. Nrn. 1 und 2 18**

**Aussprache zur Tischvorlage, lfd. Nr. 3 19**

**Aussprache zur Tischvorlage, lfd. Nrn. 4 bis 7 19**

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge ab; das Ergebnis der Abstimmungen findet sich in Vorlage 17/1375.

Sodann stimmt der Ausschuss dem so veränderten Einzelplan 03 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.



**3 Elfte Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums des Innern 21**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3699

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/4125

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

**4 Gewalt gegen unsere Einsatz- und Rettungskräfte konsequent benennen, systematisch erforschen und selbstbewusst bekämpfen 23**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/2150

Entschließungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/2241

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Sodann lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag der AfD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

**5 Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen 29**

Antrag  
der Fraktion der SPD und der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/2546 – Neudruck –

Ausschussprotokoll 17/357

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

**6 Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen 30**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/2750

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/3730

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung mit einem Sachverständigen pro Fraktion durchzuführen.

**7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und zur Änderung weiterer Vorschriften 31**

Vorlage 17/1124  
Drucksache 17/3743

**8 Auswertung des Abschlussberichts im Verwaltungsermittlungsverfahren in Bezug auf das Dienstverhältnis des Polizeihauptkommissars a. D. Rainer Wendt vom 23. Februar 2018 32**

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, wie vom Vorsitzenden dargestellt zu verfahren.

- |           |   |           |
|-----------|---|-----------|
| <b>9</b>  | <b>Geiselnahme am Kölner Hauptbahnhof am 15.10.2018</b>   | <b>33</b> |
|           | Bericht der Landesregierung   |           |
| <b>10</b> | <b>Im Hambacher Forst werden wieder Baumhäuser gebaut: Wie reagiert die Landesregierung?</b>  | <b>38</b> |
|           | Bericht der Landesregierung<br>Vorlage 17/1341  |           |
| <b>11</b> | <b>27-Jähriger aus dem Kreis Heinsberg getötet – 4 Männer festgenommen</b>  | <b>39</b> |
|           | Bericht der Landesregierung<br>Vorlage 17/1336  |           |
| <b>12</b> | <b>Wurde der Kampf gegen die libanesische Clan-Kriminalität in Essen aufgrund des Einsatzes im Hambacher Forst absichtsvoll vernachlässigt?</b> | <b>40</b> |
|           | Bericht der Landesregierung<br>Vorlage 17/1338  |           |
| <b>13</b> | <b>Praxiserfahrung von Feuerwehrangehörigen stärken – dezentrale Übungsgelände bereitstellen</b>  | <b>43</b> |
|           | Antrag<br>der Fraktion der CDU und<br>der Fraktion der FDP<br>Drucksache 17/2398  |           |
| <b>14</b> | <b>Warum duldet die Polizei eine Protestaktion vor dem Haus von Antje Grothus?</b>  | <b>54</b> |
|           | Bericht der Landesregierung<br>Vorlage 17/1337  |           |

- 15 Lässt die Landesregierung jetzt die Stadt Kerpen mit den autonomen Hausbesetzungen im Umsiedlungsort Manheim alleine? 60**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1345
- 16 Wie wird die Landesregierung die Angriffe auf Autos von Beschäftigten der Kraftwerke und Tagebaue schützen? 62**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1339
- 17 Wie bewertet die Landesregierung das Auftreten selbst ernannter Sicherheitskräfte im Rahmen des Besuchs von Präsident Erdogan in Köln am 29.09.2018? 64**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1340
- 18 Neue Erkenntnisse im Fall des Haftraumbrands in der JVA Kleve 65**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1353
- 19 Nachbereitung des Polizeieinsatzes bei den Baumhausbeseitigungen im Hambacher Wald im September und Oktober 2018 87**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1344
- 20 Fehlinformationen durch den Minister des Innern Herbert Reul 92**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1343
- 21 Verschiedenes 94**